

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Amt für Hochbau und Immobilienmanagement Amt für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Straßenverkehr	Nr. 069/2024
--	------------------------

Betreff:

Bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums (BSZ)

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz Berichterstattung: Herr KOBR Borgstedt Herr Ltd. KRD Holtstiege	28.05.2024
Bauausschuss Berichterstattung: Herr KOBR Borgstedt Herr Ltd. KRD Holtstiege	04.06.2024
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KD Dr. Funke Frau Ltd. KRDiN Schreier	14.06.2024
Kreistag Berichterstattung: Herr KD Dr. Funke Frau Ltd. KRDiN Schreier	14.06.2024

Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Produkt	Nr. 0107	Bez. Immobilienmanagement
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr. 23.23.010	Bez. Planung und Bau Zentrum für Bevölkerungsschutz
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und	100.000 EUR / VE: 3,2 Mio. EUR	
b) nunmehr erforderlich	a) Aktualisierung im Rahmen der Haushaltsplanberatung	b) EUR

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Planung und Realisierung der baulichen Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums beauftragt.

Erläuterungen:

In den vergangenen Jahren wurde mehrfach durch die Kreisverwaltung über Maßnahmen und Erfahrungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes informiert und berichtet. Erstmals im Dezember 2019 im Rahmen einer Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2020. Zu diesem Zeitpunkt waren die Corona-Pandemie, das verheerende Unwetterereignis im Sommer 2021, der russische Angriffskrieg verbunden mit einer erneuten Flüchtlingswelle und einer drohenden Energiemangellage sowie weitere weltpolitische Konflikte noch kein Thema. Seither wurde regelmäßig zu den Planungen und zum Umsetzungsstand im Bereich des Bevölkerungsschutzes sowie zur Krisenbewältigung berichtet.

In 2023 waren die Einsatzkräfte durch das Starkregenereignis im September und die Hochwasserlage zum Jahresende gleich zweimal jeweils über mehrere Tage gefordert, möglichen Schäden entgegenzuwirken. Durch ein gutes Zusammenspiel zwischen den Kommunen, den Feuerwehren, Hilfsorganisationen, dem THW und dem Kreis konnten schlimmere Schäden verhindert werden und zeigten ergriffene Maßnahmen Wirkung.

Die Umsetzung der Planungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes ist zudem weiter vorangeschritten.

In den letzten Monaten konnte die Kommunikationsfähigkeit im Krisenfall durch die Anschaffung von weiteren Satellitentelefonen und mobilen Starlinksystemen gestärkt werden und durch die Schaffung eines modernen Krisenstabsraumes optimale Arbeitsbedingungen für die Abarbeitung von Krisen geschaffen werden. Anfang des Jahres 2024 fand eine umfassende, mehrtägige Schulung der Mitglieder der Koordinierungsgruppe Stab (KGS) und des Krisenstabes mit einer sich anschließenden Übung in den neuen Räumlichkeiten statt. Ebenfalls wurde eine groß angelegte Übung mit Einsatzkräften zum Aufbau und Betrieb des vorgehaltenen „Behandlungsplatzes 50 NRW“ in diesem Frühjahr durchgeführt.

Auch die Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Krisenlagen und Stärkung der Selbsthilfefähigkeit wurde weiter betrieben. Hierzu wurden unter Mitwirkung von Einsatzkräften aus dem Kreis Warendorf Aufklärungsvideos erstellt und seitdem wiederkehrend in den sozialen Medien veröffentlicht. Am „Tag der Sicherheit“ im September 2023 konnten sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger am Kreishaus über die Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes und eigene Möglichkeiten zur Vorsorge informieren. Schon bald soll ein Präsentationsanhänger auch vor Ort in den Kommunen präventiv zum Bevölkerungsschutz und zur Eigenvorsorge informieren.

Bereits in der Kreistagssitzung am 17.12.2021 wurde die Verwaltung beauftragt, hinsichtlich notwendiger Räumlichkeiten für den Bevölkerungsschutz entsprechende Lösungsoptionen durch den Bau oder die Anmietung entsprechender Räumlichkeiten zu entwickeln. Zuletzt wurde in der Sitzung am 28.02.2023 im Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz (Vorlage Nr. 2/2023) hierzu berichtet.

Unter den Eindrücken der massiven Starkregenereignisse im Kreis Warendorf mit einer drohenden Notwendigkeit zur großflächigen Evakuierung ganzer Baugebiete und einer weiterhin drohenden Eskalation der Flüchtlingslage wird diesem Bauprojekt auch aufgrund der bisherigen Erfahrungen aus der Pandemie und der seit 2015 nicht endenden Flüchtlingskrisen weiterhin eine hohe Priorität zugemessen.

Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass zukünftig auch die Zivil-Militärische Zusammenarbeit stärker intensiviert wird. Der Begriff Zivil-Militärische Zusammenarbeit beschreibt das Zusammenwirken von staatlichen oder nichtstaatlichen zivilen Organisationen mit den Streitkräften im Bereich der Bündnis- und Landesverteidigung, in der Gefahrenabwehr, bei Hilfeleistungen im Katastrophenfall oder bei Auslandseinsätzen der Streitkräfte im Rahmen von Stabilisierungsoperationen oder humanitären Hilfeinsätzen. Hier steht der Kreis Warendorf in einem engen Austausch mit dem Kreisverbindungskommando der Bundeswehr. Diese unterstützt das Vorhaben zum Bau einer Multifunktionshalle ausdrücklich.

Schwerpunktmäßig soll das Bevölkerungsschutzzentrum für den Bereich des Katastrophenschutzes vorgehalten werden und Bedarfe bedienen, für die zurzeit keine entsprechende Lösung vorhanden ist. Vielerorts werden derzeit sehr große „Feuerschutzzentren“, „Bevölkerungsschutzzentren“, o.ä. geplant, die eine umfangreiche Konzentrierung und Zentralisierung von Leitstelle, Feuerwehreinrichtungen, Rettungsdienste, Katastrophenschutzeinrichtungen und –fahrzeugen, etc. beinhalten. Hier soll bewusst der Focus auf den Katastrophenschutz gelegt werden.

In einer Besprechung mit den Leitern der Feuerwehren im Kreis Warendorf, den im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen, dem THW und dem Kreisverbindungskommando am 16.04.2024 wurde diese Herangehensweise und Planung ausdrücklich begrüßt und für sinnvoll sowie notwendig erachtet.

Im nachfolgenden sollen die bisherigen Schritte und der Sachstand des Bauprojektes noch einmal ausführlich dargestellt werden:

Um sich der Bauaufgabe „Neubau eines Bevölkerungsschutzzentrums“ zu nähern und die konkreten Raumbedarfe zu konkretisieren wurden mit Beteiligung eines externen Fachplaners Workshops mit den Mitarbeitern des Fachamtes, moderiert vom Amt für Immobilienmanagement, durchgeführt.

Die dabei identifizierten Bedarfe lassen sich in drei, voneinander unabhängige Nutzungsarten und Gebäude gliedern

- 1) Multifunktionshalle mit Nebenflächen
- 2) Lagerflächen, möglichst als Hochregallager
- 3) Hallenunterbringung der Fahrzeuge der Fernmeldeeinheit (u.a. ELW 1, ELW 2)

Fachplaner und Fachamt haben auf dieser Basis ein Raumbedarfsprogramm entwickelt, welches Grundlage für eine durch den externen Fachplaner erstellte Machbarkeitsstudie war. Mit der Studie sollte geklärt werden, welche baulichen Volumina entstehen könnten, und ob das Bauprogramm auf dem zur Verfügung stehenden Grundstück am Kreishaus flächenmäßig realisiert werden kann.

Die Studie hat ergeben, dass sich die o. g. Nutzungsarten in drei unterschiedlichen Baukörpern realisieren lassen, und das Grundstück mit seinen ca. 12.000 m² ausreicht, die drei Baukörper einschließlich der erforderlichen Verkehrs-, Wege- und Stellplatzflächen als Solitärgebäude zu errichten.

Diese Struktur ermöglicht es auch, die Bauaufgabe in Bauabschnitten priorisiert über

mehrere Jahre verteilt zu realisieren.

Mit hoher Priorität sieht die Verwaltung die Herstellung einer Multifunktionsfläche in einer Halle, in Größe und Bauart einer Sporthalle entsprechend.

Diese Multifunktionshalle soll vielfältige Nutzungen ermöglichen, wie z. B.:

- Unterbringung von Betroffenen
- Medizinzentrum, exemplarisch für Impfkationen
- Anlaufstelle für Bürger/innen im Krisenfall
- Durchführung von Infoveranstaltungen für Bürger/innen
- Übungsangebote für Schulklassen/Kindergärten
- Bürger/innenschulungen
- Brandschutzunterweisungen
- Brandschutzerziehung von Kindern und Jugendlichen
- Jäger-, Fischerprüfungen
- Rettungsdienstschulungen
- Unterstützung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit

Die Halle soll Unterteilungsmöglichkeiten bieten und im Inneren befahrbar sein. In einem eingeschossigen Anbau können in Nebenräumen z. B. Sanitäreinrichtungen, Untersuchungsräume, Teeküche, Vorratslager, Medizinlager, Desinfektionsraum, Kommunikationsstelle, etc. hergestellt werden.

Im Außenbereich der Halle sind befestigte Flächen anzulegen, die als Verkehrswege oder Fahrzeugstellplätze genutzt werden, oder bei Bedarf eine Erweiterungsmöglichkeit für das Aufstellen von temporären Infrastrukturen bieten.

Die Verwaltung ist bestrebt, die Multifunktionshalle außerhalb von Krisenfällen möglichst vielfältig und dem Hauptzweck angemessen zu nutzen und die Auslastung hoch zu halten.

Der gewählte Standort in unmittelbarer Nähe zum Kreishaus ist ideal, da er vielfältige personelle wie auch technische Synergien bietet wie z. B. die infrastrukturelle, technische Anbindung, die Überwachung der Gebäudeleitdaten, IT-Support, Notstromversorgung.

Ein besonderer Vorteil ist auch das vorhandene Baurecht. Der vorhandene Bebauungsplan lässt ein derartiges Bauvorhaben zu. Ein langwieriges B-Plan-Verfahren ist somit nicht erforderlich.

Eine erste grobe Kostenschätzung des externen Fachplaners beziffert die Baukosten mit ca. 14 Mio. € (brutto). Darin enthalten sind alle Honorar-, Bauleistungs- und Ausstattungskosten sowie die Herstellung der PKW-Stellplätze, Zufahrten, Wege und Außenanlagen.

Nach einer Beschlussfassung zum Bau einer Multifunktionshalle wäre der nächste Schritt die Einleitung der europaweiten Vergabeverfahren für die Beauftragung des Architekturbüros und der Fachplaner sowie gegebenenfalls eines Projektsteuerers

Die finale Entscheidung über die Beauftragung eines Architekturbüros erfolgt mit Einbeziehung des „Ältestenrates“ im Rahmen einer Jurysitzung. Im anschließenden

Planungsprozess ist der nächste wichtige Meilenstein die Verabschiedung eines Raum- und Flächenbedarfsprogramms, ebenfalls mit Einbeziehung des „Ältestenrates“.

Als Fertigstellungstermin für die Multifunktionshalle wird Ende 2028 angestrebt.

Auf der Basis des Ergebnisses der v. g. Machbarkeitsstudie war die Planung und Intention der Verwaltung, in einem weiteren zweiten Bauabschnitt, zeitlich versetzt zum Bau der Multifunktionshalle, eine Logistikhalle in Form eines Hochregallagers zu errichten.

Vorgabe im Realisierungsprozess ist aber auch, externe Lösungen bzw. Teillösungen in Bestandsgebäuden, die durch Anmietung, Kauf und Umbau eine wirtschaftliche Realisation ermöglichen ergebnisoffen zu prüfen und zu bewerten.

Eine solche externe Lösung hat sich in Bezug auf die Logistikhalle ergeben. Es besteht die Möglichkeit, in Warendorf eine von den Fachleuten als sehr geeignet beurteilte Bestandshalle anzumieten, die mit einer Hochregalanlage und Gabelstaplern ausgestattet ist. Die Halle ist beheizbar und jederzeit für autorisierte Personen zugänglich. Details zu den vertraglichen Mietkonditionen können der Vorlage im nicht-öffentlichen Teil entnommen werden.

Der dritte Baustein, der im Wesentlichen die Fernmeldeeinheit des Kreises umfasst, hat derzeit keine hohe Priorität. Um die finanziellen und personellen Ressourcen bei dem Projekt „Multifunktionshalle“ bündeln zu können, soll die Planung einer räumlichen und baulichen Veränderung für die Fernmeldeeinheit zunächst zurückgestellt werden. Die Fahrzeuge sind derzeit gut untergebracht auf dem Gelände der Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) in Ennigerloh.

1. _____
Amtsleitung
2. _____
Dezernent
3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)
4. _____
Landrat